

Satzung
über die Benutzung der gemeindlichen Feld- und Waldwege
in der Ortsgemeinde Rümmelsheim

Der Ortsgemeinderat hat am 1. Juli 1975 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung vom 14.12.1973 (GVBl. S. 419) folgende Satzung beschlossen, die von der Kreisverwaltung Bad Kreuznach am 3. September 1975 bestätigt worden ist:

§ 1
Geltungsbereich

- (1) Die Vorschriften dieser Satzung gelten für die in dem anliegenden Verzeichnis unter Angabe der Anfangs- und Endpunkte aufgeführten in der Verwaltung der Ortsgemeinde stehenden nicht öffentlich-rechtlichen Feld- und Waldwege.
Das Verzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Die örtliche Lage der Wege ist in der ebenfalls anliegenden Übersichtskarte angedeutet. Der genaue Verlauf der Wege kann in der jeweiligen Flurkarte beim Katasteramt in Bad Kreuznach oder bei der Verbandsgemeindeverwaltung in Langenlonsheim eingesehen werden.

§ 2
Bestandteil der Wege

Zu den Wegen gehören:

1. der Wegekörper, das sind insbesondere Wegegrund, Wegeunterbau, Wegedecke, Brücken, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Seitenstreifen,
2. der Luftraum über dem Wegekörper und
3. der Bewuchs.

§ 3
Bereitstellung

Die Gemeinde gestattet die Benutzung der in § 1 aufgeführten Wege nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 4
Zweckbestimmung

- (1) Die Wegen dienen ausschließlich der Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Im übrigen ist die Benutzung als Fußweg zulässig, soweit sich aus sonstigen Vorschriften keine Beschränkungen ergeben.
- (2) Die Benutzung der Wege zu anderen Zwecken, insbesondere um zu Wochenendhäusern, zum Jagdrevier, zu Jagdhütten, zu gewerblich genutzten Kiesgruben, Sandgruben und Steinbrüchen und ähnlichen Vorhaben zu gelangen, ist mit Erlaubnis bzw. mit besonderer vertraglicher Gestattung zulässig. Die Erlaubnis bzw. Gestattung ist gebührenpflichtig.

§ 5
Vorübergehende Benutzungsbeschränkung

Zur Verhütung von Schäden an den Wegen, insbesondere nach starken Regenfällen und bei Frostschäden sowie bei Gefährdung der Sicherheit des Verkehrs durch den Zustand des Weges, kann die Benutzung der betreffenden Wege vorübergehend ganz oder teilweise durch den Ortsgemeinderat beschränkt werden. Die Benutzungsbeschränkung ist ortsüblich bekanntzugeben und durch Aufstellung von Hinweisschildern an den Anfangspunkten der Wege kenntlich zu machen.

§ 6
Unerlaubte Benutzung der Feld- und Waldwege

- (1) Es ist unzulässig
1. die Wege zu befahren, wenn dies insbesondere auf Grund jahreszeitlich bedingten Zustandes zu erheblichen Beschädigungen führt oder führen kann,
 2. Fahrzeuge, Geräte und Maschinen so zu benutzen oder zu transportieren, daß Wege beschädigt werden,
 3. beim Einsatz von Geräten und Maschinen, insbesondere beim Wenden, die Wege mit Erde aus den bewirtschafteten Grundstücken zu verunreinigen, sowie die Wege einschließlich ihrer Befestigungen, Seitengräben, Querrinnen und sonstigem Zubehör zu beschädigen oder den Randstreifen abzugraben.
Bei der Verwendung von Geräten und Maschinen, die für den Bestand der Wege eine erhöhte Gefahr darstellen (z.B. Raupenfahrzeuge) hat der Benutzer erforderlichenfalls auf dem von ihm bewirtschafteten Grundstück einen Wendestreifen freizulassen, damit er ohne Inanspruchnahme der Wegeflächen mit seinem Fahrzeug wenden kann,
 4. Fahrzeuge, Geräte und Maschinen auf den Wegen so abzustellen oder Dünger und Erde so zu lagern, daß andere Benutzer gefährdet oder mehr als zumutbar behindert werden,
 5. auf die Wege Grundwasser (etwa aus Drainagen) oder sonstige Flüssigkeiten oder Stoffe abzuleiten, durch die der Wegekörper beschädigt werden kann,
 6. die Entwässerung zu beeinträchtigen, u.a. Durchlässe und Überbrückungen innerhalb von Gräben aller Art anzulegen,
 7. auf den mit Schwarzdecken versehenen Wegen Holz, Pflanzenreste und Abfälle zu verbrennen. Soweit Verbrennungen auf den anderen Wegen erfolgen, sind die Asche- und Abfallreste unverzüglich von der Wegefläche zu entfernen. Für den Fall, daß durch Verbrennungen dieser Art Dritte Schäden erleiden, hat der Verursacher die Gemeinde von möglichen Ersatzansprüchen freizustellen.
- (2) Weitere, sich aus anderen Vorschriften ergebende Verbote und Einschränkungen bleiben unberührt.

§ 7
Pflichten der Benutzer

- (1) Die Benutzer müssen Schäden an Wegen der Gemeindeverwaltung unverzüglich mitteilen.
- (2) Wer einen Weg verunreinigt, hat die Verunreinigung ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen; andernfalls kann die Ortsgemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen. Wer einen Weg beschädigt, hat der Ortsgemeinde die ihr für die Beseitigung des Schadens entstehenden Kosten zu erstatten. Die Ortsgemeinde kann dem Schädiger unter Festsetzung einer Frist die Beseitigung des Schadens überlassen.
- (3) Dünger, Erde und sonstige Materialien, die auf Grund der Geländebeschaffenheit auf dem Weg gelagert werden, sind unverzüglich zu entfernen. § 6 Abs. 1 Nr. 4 bleibt unberührt.

§ 8
Pflichten der Angrenzer

Eigentümer und Besitzer der an die Wege angrenzenden Grundstücke haben dafür zu sorgen, daß durch Bewuchs, insbesondere Hecken, Sträucher, Bäume und Unkraut die Benutzung und der Bestand der Wege nicht beeinträchtigt wird. Bodenmaterial, Pflanzen und Pflanzenteile und sonstige Abfälle, die von den angrenzenden Grundstücken auf den Weg gelangen, sind vom Eigentümer zu beseitigen.

§ 9
Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 24 Abs. 5 Gemeindeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. Wege entgegen der Zweckbestimmung des § 4 benutzt,
 2. Benutzungsbeschränkungen nach § 5 nicht beachtet,
 3. den Verboten des § 6 zuwiderhandelt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 511,29 Euro geahndet werden. Die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 481) finden Anwendung.

§ 10
Zwangsmittel

Die Anwendung von Zwangsmitteln zur Durchsetzung von Anordnungen auf Grund dieser Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Rheinland-Pfalz.

§ 11
Beiträge und Gebühren

Beiträge für den Ausbau und die Unterhaltung der Wege, sowie Gebühren für erlaubnispflichtige Benutzungen werden auf Grund einer besonderen Satzung erhoben.

§ 12
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Tage in Kraft.